STAATLICHE BEIHILFEN

C 47/97 (ex N 109/93, NN 11/93 und N 543/94)

Deutschland

(97/C 394/13)

(Text von Bedeutung für den EWR)

*(Artikel 92 bis 94 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft)***Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 93 Absatz 2 EG-Vertrag über Beihilfen der deutschen Bundesregierung zugunsten der Raffinerie LEUNA 2000 (Sachsen-Anhalt)**

Mit dem nachstehend wiedergegebenen Schreiben hat die Kommission die deutsche Regierung von ihrer Entscheidung in Kenntnis gesetzt, das Verfahren nach Artikel 93 Absatz 2 zu eröffnen.

„1. ENTSCHEIDUNGEN DER KOMMISSION

Am 24. Juni 1993 beschloß die Kommission, gegen die notifizierten Beihilfen zur Privatisierung und Umstrukturierung der ehemaligen Raffinerien Leuna und Zeitz sowie des Tankstellennetzes Minol (Staatliche Beihilfen N 109/93 und NN 11/93) keine Einwände zu erheben. Für die beiden Teilaspekte der Umstrukturierung — vorübergehender Weiterbetrieb der Anlagen Leuna/Zeitz und Neubau der Raffinerie LEUNA 2000 — erklärte die Kommission folgende Fördermittel der Treuhandanstalt (THA) und des Bundeslands Sachsen-Anhalt für zulässig: 750 Mio. DEM für die Deckung der Verluste aus der Tätigkeit der ehemaligen Raffinerien und 1 465,5 Mio. DEM Investitionshilfe für den Bau der neuen Raffinerie (im Rahmen von mehreren von der Kommission genehmigten Regionalbeihilfeprogrammen). Bei einem geschätzten Investitionsvolumen von 4,5 Mrd. DEM für den Raffinerieneubau ergab sich somit eine Beihilfeintensität von 32,56 %.

Am 5. November 1994 genehmigte die Kommission weitere Beihilfen in Höhe von 40 Mio. DEM für zusätzliche Investitionen in Höhe von 200 Mio. DEM. Damit betrug der Förderanteil an dem Projekt — bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 4,7 Mrd. DEM — insgesamt 32 %.

2. DAS PROJEKT LEUNA 2000**2.1. Gesamtbeihilfeintensität**

Für die Errichtung der neuen Raffinerie LEUNA 2000 hat Elf als 100%ige Tochtergesellschaft die Mitteldeutsche Erdöl-Raffinerie GmbH (Mider) gegründet. Für den Bau hat die Mider einen Vertrag mit einem Konsortium (Thyssen-Lurgi-Technip Joint Venture — TLT) geschlossen, welches die Konstruktion durchführt.

Die Investitionskosten werden zum Teil über Kredite finanziert. Für einen Kredit in Höhe von 2,8 Mrd. DEM soll von den deutschen Behörden der Mider eine Bürgschaft im Rahmen eines Bund/Land-Bürgschaftsprogramms, das von der Kommission unter der Beihilfe-Nr. 297/91 (Schreiben D/13344 vom 15. Juli 1991) genehmigt worden war, gewährt werden. Am 3. April 1996 entschieden die deutschen Behörden die Übernahme einer Bürgschaft für einen Kredit über 1,4 Mrd. DEM. Nach den vorliegenden Informationen wurde der Kredit noch nicht ausgereicht. Dem Bankenkonsortium, zu dem zwecks Finanzierung des Kredits Verbindung aufgenommen wurde, gehören europäische und japanische Banken an. Die Bürgschaft deckt 65 % des Kreditbetrags. Die Bürgschaftsprovision beträgt 0,25 % pro Halbjahr; bei Abrufung der Bürgschaft wird außerdem ein einmaliger Betrag in Höhe von 25 000 DEM fällig. Aus den von der deutschen Bundesregierung vorgelegten Informationen ergibt sich ein Nettosubventionsäquivalent von ca. 1 %.

Die Intensität aller vom Staat für den Bau der Raffinerie LEUNA 2000 bereitgestellten Investitionsbeihilfen beträgt demnach nicht mehr als 35 % und liegt somit unter dem für Großunternehmen mit Sitz in einem Fördergebiet nach Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe a) EG-Vertrag zulässigen Förderhöchst-satz.

2.2. Berechnung der effektiven Investitionskosten

Die Kommission hat Kenntnis von einem Gutachten erhalten, das die Beraterfirma Solomon Associates Ltd im Auftrag der Treuhand-Nachfolgegesellschaft Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) erstellt hat, um den Preis für den Erwerb von Anteilen an der neuen Raffinerie zu bestimmen.

1994 wurden die Beteiligungsverhältnisse an der neuen Raffinerie LEUNA 2000 neu angepaßt. Um das Risiko zu verteilen, gewann die Firma Elf ein russisches Konsortium und die BvS als Partner, die 24 bzw. 33 % des Kapitals übernehmen sollten. Die BvS hat der Elf/Mider eine Put-Option eingeräumt,

um auf Verlangen in das Projekt einzusteigen. Anfang 1997 zog sich das russische Konsortium endgültig aus dem Projekt zurück. Dadurch erhöht sich bei Erfüllung der Option der Anteil von Elf auf zwei Drittel des Kapitals (derzeit liegt die Beteiligung von Elf bei 100 %). Die BvS gab das erwähnte Gutachten in Auftrag, um einen Anhaltspunkt für die Höhe des zu zahlenden Preises zu bekommen.

Die Kommission hatte mit Schreiben vom 24. April 1996 (D/50294), 11. Oktober 1996 (D/53016), 20. November 1996 (D/53767) und 14. April 1997 (D/51771) um ausführliche Informationen in dieser Frage gebeten. Die deutschen Behörden antworteten mit Schreiben vom 7. Juni 1996, 23. Dezember 1996, 3. Juni 1997, 10. Juli 1997 und 14. Juli 1997. Mit Schreiben vom 25. April 1996 und vom 29. April 1997 übermittelten sie ferner die nach den Genehmigungsentscheidungen der Kommission vorzulegenden Jahresberichte für 1995 bzw. 1996.

Das Gutachten von Solomon war anfangs zu dem Ergebnis gekommen, daß die von Elf angegebenen Kosten, die Grundlage der Kommissionsentscheidungen waren, weit über den normalen Baukosten für eine vergleichbare Anlage lagen. Danach ging Solomon anfangs von einem für die Errichtung des Prozessors üblichen Preis von unter 2 Mrd. DEM aus. Diese Kosten wurden mittels einer statistischen Methode für eine theoretische Anlage errechnet. Mit dem Bau der Verarbeitungsanlage wurde ein Konsortium (Thyssen-Lurgi-Technip Joint Venture — TLT) beauftragt, mit dem eine schlüsselfertige Übergabe zu einem Festpreis vereinbart wurde („lump-sum-turn-key EPC contract“).

Nach dem Jahresbericht für 1996 wurden die Baukosten im Juni 1996 auf insgesamt 4,885 Mrd. DEM veranschlagt: 3,31 Milliarden für den Bau des Prozessors und 1,575 Milliarden für die Inbetriebnahme.

Zwischenzeitlich hat Solomon das Gutachten revidiert. Das letzte Gutachten von November 1996 beziffert den üblichen Kostenaufwand auf ca. 2,4 Mrd. DEM. Der Unterschied zwischen dem durch Solomon ermittelten Ergebnis und den von Elf/Mider ermittelten Kosten beziffert sich auf ca. 900 Mio. DEM.

Die deutschen Behörden erklären diesen großen Unterschied zwischen den vertraglich vereinbarten Kosten (3,3 Mrd. DEM) und dem üblichen Preis für die Errichtung einer idealen Anlage (2,4 Mrd. DEM) folgendermaßen:

- Das TLT-Konsortium mußte einen Festpreis ansetzen und hat für unvorhergesehene Faktoren eine Sicherheitsspanne einkalkuliert.
- Die Raffinerie LEUNA 2000 unterscheidet sich von einer unter Kostengesichtspunkten idealen

Anlage dadurch, daß sie auf die speziellen Bedürfnisse der Firma Elf zugeschnitten ist, was die Kosten in die Höhe treibt.

- Mider legt strengere Umweltnormen zugrunde als gesetzlich vorgeschrieben.
- Der Neubau auf dem alten Leuna-Gelände machte eine — ebenfalls kostentreibende — Altlastenentsorgung erforderlich.

Die Kommission hält fest, daß die Daten, die die Bundesregierung in ihren Schreiben und Berichten vorgelegt hat, von den Angaben abweichen, die ihren Entscheidungen zugrunde liegen, und daß die Begründungen nicht ausführlich mit Unterlagen und Zahlen belegt worden sind.

3. WÜRDIGUNG

In den Entscheidungen vom 24. Juni 1993 (Beihilfefälle N 109/93 und NN 11/93) und vom 5. November 1994 (Beihilfe N 543/94) hatte die Kommission beschlossen, keine Einwände gegen die notifizierten Beihilfevorhaben im Rahmen der Privatisierung und Umstrukturierung von Leuna/Minol zu erheben.

Gegenstand der Entscheidungen waren die Privatisierung des Tankstellennetzes und der geplante Bau der neuen Raffinerie LEUNA 2000, bis zu deren Fertigstellung die bestehenden Anlagen Leuna und Zeit weiterbetrieben werden sollten. Privatisierung und Neubau sind Bestandteil der Bestrebungen zur Umstrukturierung des alten Chemiestandorts Leuna. Die deutschen Behörden sind aufgrund der Kommissionsentscheidungen in den Beihilfefällen N 109/93, NN 11/93 und N 543/94 verpflichtet, über den Weiterbetrieb der alten Raffinerien (deren Verluste von der BvS gedeckt werden) und über den Bau der neuen Raffinerie einmal im Jahr ausführlich Bericht zu erstatten. Außerdem sind die deutschen Behörden gehalten, alle Beträge zu notifizieren, die über die von der Kommission genehmigten Mittel für den Verlustausgleich und die Investitionsförderung hinausgehen.

Aufgrund von Presseberichten sah sich die Kommission veranlaßt, zusätzliche Erläuterungen und genaue Einzelheiten zu den tatsächlichen Kosten der von Elf/Mider getätigten Investitionen anzufordern, um die Investitionsbeihilfen bemessen zu können.

In den Gutachten, die das Beratungsunternehmen Solomon im Auftrag der BvS durchgeführt hat, wird der Preis einer theoretischen Anlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten des Standorts Leuna kalkuliert. Das Solomon-Gutachten dient der BvS als Grundlage für Verhandlungen über den Preis, den sie für die von ihr zu übernehmenden Anteile entrichten muß.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Gutachters sind zwei Punkte zu klären:

- Für den Fall, daß der von Solomon ermittelte Preis unter den von Elf/Mider geschätzten Kosten liegt, muß geklärt werden, ob Elf/Mider die Kosten künstlich hoch angesetzt hat, und diese nicht den tatsächlichen Aufwendungen für die Investition entsprechen, oder ob Elf/Mider effektiv einen im Vergleich zum üblichen Kostenrahmen überhöhten Preis zahlt, was sich durch die Besonderheit des Festpreises erklären läßt, den Elf/Mider vertraglich mit dem Konsortium TLT vereinbart hat.
- Des weiteren darf der Preis, den die BvS für den Kauf der Raffinerieaktien zu zahlen hat, keine zusätzliche Beihilfe enthalten und muß deshalb ausschließlich von dem Wert der Investition abhängen. Dieser Preis sollte demnach im Hinblick auf das Solomon-Gutachten und den historischen Wert der Anlagen ermittelt werden, wobei die Eigenarten dieser Errichtung und die Marktbedingungen berücksichtigt werden müssen.

Der Förderungsumfang und die noch offenen Fragen rechtfertigen im vorliegenden Fall eine eingehende Prüfung der tatsächlichen Investitionskosten und des tatsächlichen Werts der Investitionen durch die Kommission. Zu diesem Zweck hatte die Kommission die Bundesregierung mit Schreiben vom 24. April 1996 (D/50294), 11. Oktober 1996 (D/53016), 20. November 1996 (D/53767) und 14. April 1997 (D/51771) um ausführliche Informationen gebeten. Die Antwortschreiben enthalten keine Unterlagen, die die Abweichung zwischen dem von Elf geschätzten Investitionsaufwand und dem von Solomon ermittelten Preis rechtfertigen würden. Außerdem werden in den jüngsten, von den deutschen Behörden vorgelegten Berichten für den Neubau der Raffinerie Beträge genannt, die in den Entscheidungen der Kommission berücksichtigten Kosten übersteigen.

Die Kommission betrachtet deshalb die von der Bundesregierung übermittelten Informationen als nicht ausreichend, um ihre Bedenken hinsichtlich des tatsächlichen Werts der Errichtung von LEUNA 2000 und der von Elf/Mider effektiv eingesetzten Mittel zu zerstreuen. Lägen die tatsächlichen Kosten unter den Kosten, die Grundlage der Kommissionsentscheidungen waren, oder läge der Wert der von Elf/Mider durchgeführten Investitionen unter den von Elf/Mider bezahlten Kosten, dann würden die an Elf/Mider gewährten Investitionsbeihilfen die zulässigen Regionalbeihilfeintensitäten übersteigen. Ebenso sollten die Verkaufsbedingungen der Mideranteile an die BvS eingehend geprüft werden.

Die Kommission bringt deshalb ihre Zweifel an der Umsetzung ihrer Entscheidung (Artikel 93 Absatz 3

EG-Vertrag) oder sogar hinsichtlich der Daten, die ihrer Genehmigungsentscheidung zugrunde liegen, und demnach an der Vereinbarkeit der zugunsten der Elf/Mider gewährten Beihilfen mit Artikel 92 EG-Vertrag und Artikel 61 EWR-Abkommen zum Ausdruck.

Die Kommission hat daher beschlossen, das Verfahren nach Artikel 93 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Im Rahmen dieses Verfahrens fordert die Kommission die deutschen Behörden auf, ihre Stellungnahme sowie alle für erforderlich erachteten Auskünfte innerhalb von einem Monat nach Übermittlung dieser Entscheidung mitzuteilen. Die Kommission bittet insbesondere um:

- detaillierte Angaben bezüglich der vertraglich vereinbarten Kosten sowie der Höhe der tatsächlichen Kosten für die Errichtung der neuen Raffinerie (Bau der Prozessor-Anlage und Gesamtprojektkosten — insbesondere Details der zusätzlich zu den anfänglich als Grundlage der Kommissionsentscheidungen vorgelegten Kosten),
- die Höhe der bis zum heutigen Tag gezahlten und/oder vertraglich festgelegten Kosten,
- den Nachweis bezüglich der Vertragsverhandlungen, der deutlich darlegt, daß die Verträge zur Errichtung der Raffinerie zu den für ein derartiges Investitionsprojekt bestmöglichen Preisbedingungen abgeschlossen wurden,
- die Höhe der bis zum heutigen Tag für die Errichtung der Raffinerie LEUNA 2000 gewährten staatlichen Beihilfen,
- die Bedingungen des Optionsvertrags. In einer nächsten Stufe ist eine Prüfung des Optionsvertrags angebracht.

Die Bundesrepublik Deutschland kann darüber hinaus alle Informationen vorlegen, die ihr sachdienlich erscheinen.“

Die Kommission gibt hiermit den übrigen Mitgliedstaaten und sonstigen Betroffenen Gelegenheit, sich binnen einem Monat nach Veröffentlichung dieser Mitteilung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu den fraglichen Maßnahmen zu äußern. Etwaige Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Wettbewerb (GD IV)
 Rue de la Loi/Wetstraat 200
 B-1049 Brüssel

Die Informationen werden Deutschland mitgeteilt.

HINWEIS FÜR DIE LESER

1998 werden mehrere Veränderungen hinsichtlich der Abonnements der L- und C-Ausgabe des Amtsblatts (ABl.) vorgenommen. Diese Mitteilung soll es Abonnenten mittels Informationen erleichtern, eine Wahl zwischen den neuen Möglichkeiten zu treffen.

AMTSBLATT AUF INTERNET

Anfang 1998 kann während eines Zeitraums von 20 Tagen der vollständige Text (einschließlich Tabellen und Grafiken) der neuen L & C-Ausgaben des ABl. in 11 Sprachen kostenlos im Internet (<http://europa.eu.int>) abgerufen werden.

ABl. L & C AUF CD-ROM

1998 erscheinen vierteljährlich Sammelausgaben des ABl. L & C auf CD-ROM, jeweils in einer Sprache. Gegenwärtige Abonnenten des ABl. L & C, die die CD-ROM zusätzlich zu der gedruckten oder der Microfiche-Version bzw. CELEX abonnieren, erhalten das CD-ROM-Abonnement zu einem Einführungspreis, d.h. mit einer Ermäßigung von 50 %. Das LAN-Netzwerk steht als Alternative zur Verfügung. Es können auch einzelne CD-ROM erworben werden.

PAUSCHALGEBÜHR FÜR DAS ABONNEMENT VON CELEX

Ab Frühjahr 1998 ist das Abonnement von CELEX zu einer Pauschalgebühr erhältlich; d.h. einjähriger Zugang zu einem Festpreis (960 ECU), unabhängig von der Häufigkeit des Zugangs. CELEX ist die offizielle juristische Datenbank der EU, die seit 1951 eine einmalige Abdeckung der Rechtsvorschriften der EU bietet (<http://europa.eu.int/celex>).

VERSPÄTETE ERNEUERUNG DES ABONNEMENTS DER GEDRUCKTEN AUSGABE

Der Versand der gedruckten Ausgabe des ABl. L & C an alle Abonnenten wird am 31. Januar 1998 für all jene eingestellt, die bis zu diesem Zeitpunkt ihr Abonnement noch nicht erneuert haben. Abonnenten, die nach diesem Datum ein Abonnement des ABl. L & C abschließen oder erneuern wollen, haben folgende Möglichkeiten:

- i) die fehlenden Ausgaben nicht zu erhalten und nur für die bezogenen Ausgaben des Jahres zu zahlen,
- ii) die CD-ROM-Version der fehlenden Ausgaben zu erhalten und die übliche Gebühr für das Jahresabonnement zu zahlen,
- iii) die gedruckte Ausgabe der fehlenden Exemplare zu erhalten und die doppelte Gebühr für jeden Monat zu bezahlen, für den ein rückwirkender Versand erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit besteht, sämtliche Abonnement-Versionen des Amtsblatts L & C (gedruckt, Microfiche, off-line und CELEX) von allen Mitgliedern des EUR-OP-Verkaufsnetzes zu erwerben, ausgenommen der „Document Delivery“ Agenten. Ihr Verkaufsbüro steht Ihnen für weitere Informationen gern zur Verfügung.